



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl - Initiative für
Transparenz und Demokratie e.V.

Friedrichstr. 63
50676 Köln
Tel.: 0221 / 169 65 07
Web: www.lobbycontrol.de

Eine befangene Kommission - Die Rolle der Finanzindustrie bei der Entstehung von EU-Gesetzgebung.

**Eine Studie für ALTER-EU verfasst von Kenneth Haar, Christine Pohl, Andy Rowell und Yiorgos Vassalos
(Brüssel, November 2009)**

Zusammenfassung:

Das Ausmaß der derzeitigen Wirtschaftskrise hat den Finanzsektor überrumpelt. Seit Jahren gab es vermehrte Warnungen von Experten, die in dem Mangel an Regulierungen im Finanzsektor Bedrohungen für die Stabilität der Weltwirtschaft sahen und vor der nun eingetretenen Wirtschafts- und Finanzkrise warnen. Diese Warnungen wurden allerdings von vielen Finanzinstituten und politischen Einrichtungen ignoriert; die Europäische Kommission eingeschlossen. Stattdessen hat die Europäische Kommission ihre Finanzpolitik beinahe exklusiv auf Basis der Beratung durch die Finanzindustrie selbst formuliert – und gerade der Parteien, die mit ihrem Fehlverhalten mit schuld an der Krise sind.

Die „Expertise“ der EU-Kommission entstammt hauptsächlich so genannten Expertengruppen. Diese Expertengruppen, die gemäß den Kommissionsrichtlinien eigentlich einen Querschnitt der verschiedenen gesellschaftlichen Sichtweisen darstellen sollen, beeinflussen die Entstehung der EU-Gesetzgebung maßgeblich.

Analysiert man die Zusammensetzung der Expertengruppen, die die Kommission in Fragen des Finanzsektors beraten haben oder sogar noch beraten, so wird ersichtlich, dass eine überwältigende Mehrheit von ihnen Repräsentanten der Finanzindustrie sind. Vertreter großer Privatbanken, Versicherungsriesen und einer großen Anzahl von Finanzunternehmen sind im Verhältnis zu zivilgesellschaftlichen Gruppen stark überrepräsentiert und üben eine erhebliche Macht auf den gesamten Gesetzgebungsprozess der EU aus – vom ersten Entwurf von EU-Strategien oder Gesetzen bis hin zu ihrer Implementierung.

Derzeit gibt es über 1.000 aktive Expertengruppen, von denen 19 Gruppen aktuell im Finanzsektor als Berater tätig sind. Das Verhältnis von Finanzexperten zu Repräsentanten von Hochschulen, Verbraucherverbände, der Zivilgesellschaft oder Gewerkschaften beträgt vier zu eins. Die 229 Finanzexperten sind selbst den etwa 150 Beamten der Kommission, die mit der Gesetzgebung im Finanzsektor beauftragt sind, zahlenmäßig überlegen.

Diese Resultate machen nachdenklich. Meinungspluralismus ist eine Grundkonstante des demokratischen Prozesses und wenn dieser in den Beratungsgremien der Europäischen Kommission nicht gegeben ist, gibt dies Anlass zu ernsthaften Bedenken.

Zu den einzelnen Fallstudien:

Ein genauerer Blick auf Kern-Politikbereiche der EU zeigt, dass Repräsentanten des Finanzsektors aktiv in die Entstehung von Regelungen involviert waren, die zur globalen Finanzkrise beigetragen haben. Nun zieht die EU zur Bewältigung dieser Krise wieder dieselben Experten zu Rate:

Bei der Erstellung von Regeln für das **Bankwesen** befolgte die Kommission die Ratschläge des Bankensektors und erlaubte den Banken, selbst einzuschätzen, wie hoch das Risiko ihres Investments ist. Das Versagen der Banken, risikoreiche Investitionen zu erkennen, hat sich als eine der Hauptursachen für die Finanzkrise herausgestellt.

Bei der Regulierung von **Hedge Fonds** empfahlen die Expertengruppen, mit den lockeren Regularien fortzufahren, weil dies ihrer Meinung nach „der Industrie, den Investoren und dem Markt sehr gut gedient habe“.¹ Selbst als das extrem hohe Risiko, welches von Hedge Fonds ausgeht, klar wurde, entschied sich die Kommission nur für eine minimale Verschärfung der Gesetze.

Rating Agenturen wiesen die Kommission darauf hin, dass Regulierungen für Einschätzungen von Bonitäten nicht gebraucht würden. Dabei war die Tatsache, dass viele Investoren sich auf die Ratschläge der Rating Agenturen verließen, bevor sie in faule Kredite investierten, ein wichtiger Faktor für die Finanzkrise. Nun hat die Kommission auf Anraten der Finanzexperten nur einige sehr schwache Regeln vorgeschlagen – ähnlich den bestehenden in den USA, die die Wirtschaftskrise nicht verhindern konnten.

Als die Finanzkrise ausbrach, wurden Schwächen in den **Bilanzierungsregeln** – die im Wesentlichen von Banken selbst konzipiert wurden – von Politikern als eine bedeutsame Ursache der Krise identifiziert. Trotz vieler Diskussionen blieben Regulierungslücken bestehen, die es erlauben, faule Kredite in den Bilanzen zu verstecken.

Beim Vorgehen der Kommission gegen **Steueroasen** durften Vertreter von Trusts – insbesondere Offshore Trusts – eine entscheidende Rolle in den Beratungsprozessen einnehmen. Es ist nicht überraschend, dass die Vorschläge der Kommission zur Beseitigung von Steuerflucht durch Stiftungen und Trusts immer noch sehr einfach zu umgehen sind.

Aufgrund dieser Dominanz des Finanzsektors werden Regulierungen häufig so formuliert, dass sie den Gewinn von großen Banken und privaten Firmen schützen – nicht jedoch das gesellschaftliche Allgemeinwohl. Wie kann die Kommission hoffen den Finanzsektor zu reformieren, wenn es im Sinne ihrer Berater ist, den Status Quo zu halten? Im Interesse der Transparenz und um einen wirklichen Wandel im Finanzsektor zu erreichen, sollte die Kommission vielfältige Expertenratschläge von unterschiedlichen Meinungsträgern einholen. Sie sollte:

- Die Mitgliedschaften (Namen und Organisationen) und Dokumente (Berichte und Protokolle) aller Gruppen offenlegen, die die Kommission seit der Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Finanzdienstleistungen zu Regulierungsfragen beraten haben,
- Expertengruppen, die durch Industrieinteressen kontrolliert werden, auflösen oder Schritte ergreifen, um eine ausgewogene Repräsentation der Interessen sicher zu stellen,

1 „Report of the Alternative Investment Expert Group to the Commission: Managing, servicing and marketing hedge funds in Europe“, S. 4

- Keine neuen Expertengruppen, die in Finanzfragen beraten, bilden, bis es Transparenz und faire Mechanismen gibt, die die ausgewogene Konsultation aller „Stakeholder“ garantieren.

Generell muss die Kommission die Art und Weise, in der sie Experten zu Rate zieht, reformieren. Sie muss den Prozess der Expertensuche transparent machen und ein grundlegendes Bekenntnis zu einer Vielfalt von Sichtweisen im Beratungsprozess ablegen. Und sie muss sich aus der Umklammerung der Finanzindustrie befreien. Spätestens nach der Finanzkrise darf es eine befangene Kommission nicht länger geben.

Die „Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation“ (ALTER-EU) ist eine Vereinigung von über 160 Gruppen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, die sich mit dem stetig wachsenden Einfluss von Lobbyisten im politischen System Europas und dem damit einhergehenden Verlust von Demokratie in europäischen Entscheidungsprozessen befasst.